

ÖFFNET SICH JETZT DAS FENSTER FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG DER SYRIEN-KRISE?

KARIN KULOW

Wenigstens ist der von Obama angekündigte Militärschlag zur Vergeltung des Gifteinsatzes am 21. August 2013 im Ghouta-Gebiet östlich von Damaskus erst einmal abgewendet, wenn auch noch nicht gänzlich vom Tisch! Der US-Präsident hat gemäß seinem Sprecher Jay Carney verlauten lassen, den diplomatischen Möglichkeiten, die sich mit der russischen Initiative eröffnet haben, zunächst nachgehen zu wollen. Bekanntlich hatten Präsident Putin und Außenminister Lawrow die Idee ins Spiel gebracht, als Gegenleistung für den Verzicht auf ein militärisches Eingreifen alle syrischen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen. Das Regime in Damaskus hatte unverzüglich sein Einverständnis signalisiert und auch sofort den inzwischen schon von der zuständigen Organisation bestätigten Antrag auf Beitritt zur Chemiewaffenkonvention eingereicht. Inzwischen haben sich die Außenminister der USA und Russlands in Genf getroffen. Innerhalb einer Woche solle nun Assad eine Liste mit der Zahl und Art der in Syrien gebunkerten chemischen Waffen übergeben. Den UN-Inspektoren müsse Zugang zu allen Depots gewährt werden. Die Vernichtung der betreffenden Waffen würde dann bis Mitte 2014 abzuschließen sein. Für den Fall, dass das Damaszener Regime sich nicht kooperativ zeige, würde es mit Konsequenzen zu rechnen haben.

Das alles sind durchaus gute Nachrichten. Kann so vielleicht doch die völkerrechtlich wie moralisch völlig unakzeptable und für die gesamte Nahost- und Mittelostregion äußerst gefährliche Militärintervention verhindert werden? Bietet sich damit die Chance, das Fenster für eine diplomatische Offensive zur Beendigung dieses fürchterlichen Krieges in Syrien aufzustoßen? Die Erwartungen sollten noch nicht allzu hoch geschraubt werden. Dazu ist die Syrien-Krise zu komplex und sind die Gräben zwischen den sich gegenüberstehenden Fronten noch viel zu tief. Eine friedliche Lösung setzte auf allen beteiligten Seiten den ernsthaften Willen zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen voraus. Es bedarf offenbar auch der Einsicht, dass dieser immer brutaler geführte Machtkampf weder vom Regime noch von den bunt schillernden oppositionellen Kräften zu gewinnen ist. Vor allem aber braucht es auch die Bereitschaft der am Syrien-Konflikt unmittelbar beteiligten internationalen wie regionalen Akteure, die militärische Karte bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der Region nicht länger auszuspielen. Sie sollten sich mit derselben Verve für die politische Lösungssuche und ein tragfähiges Machtteilungskonzept in Syrien einsetzen. Bei aller unbestreitbaren Verantwortung des Baath-Regimes für die innersyrische Gewaltspirale ist ihm diese dennoch nicht allein anzulasten. Äußere Akteure tragen eine gehörige Portion Mitschuld, mit Milliarden von Petro-Dollars, investiert insbesondere von Saudi-Arabien und Qatar zum Kauf von immer moderneren Waffen und zur Finanzierung einheimischer und einer stetig wachsenden Zahl ausländischer Kombattanten, mit der Bereitstellung von High-Tech-Equipment und Geheimdienstinformationen, mit der Schulung von Kämpfern an der Waffe. In dem Maße, wie diese Unterstützung erfolgte, verschärften sich die militärischen Auseinandersetzungen. Der Annan-Plan vom März 2012 hatte deshalb von Anfang an keine Chance.

Ein entscheidendes Kriterium dafür, ob nun die Diplomatie tatsächlich eine Chance erhält, ist zweifellos die Haltung zum Assad-Regime. Solange von der militanten syrischen Opposition und deren regionalen und internationalen Verbündeten, bislang zusammengeschlossen in der „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“, die Forderung „Assad muss weg!“ weiterhin stereotyp aufrechterhalten bleibt, wird auch der politische Lösungsweg letztlich versperrt sein. Im übrigen geht die zwischen den USA und Russland getroffene Übereinkunft über die Beseitigung der C-Waffen in Syrien davon aus, dass für deren Realisierung die Mitwirkung des Baath-Regimes unerlässlich ist. Und Assads präsidentielle Amtszeit endet gemäß Verfassung ohnehin im Sommer 2014.

Um so mehr ist deshalb die Frage von Bedeutung, welchen Kurs Obama in der Syrien-Frage künftig einzuschlagen gedenkt: Gilt für ihn weiterhin die Orientierung auf einen von außen zu befördernden Regime-Change in Damaskus auch mit Blick auf Iran? Oder verfolgt er nunmehr einen Strategiewechsel, weil die dortigen Entwicklungen in Anbetracht des exorbitanten Vormarsches Al-Qaida-naher Kräfte für die USA und ihren strategischen Verbündeten Israel zu riskant geworden sind? Wird er seine Schaukelpolitik fortzusetzen gedenken oder gemeinsam mit Russland eine politisch verhandelte Lösung entschlossen durchzusetzen suchen? So, wie dies eigentlich von den fünf UN-Sicherheitsratsmitgliedern sowie maßgeblichen Vertretern der Arabischen Liga bereits am 30. Juni 2012 in Gestalt des „Genfer Kommuniqués“ vereinbart worden war, dem sich dann aber danach außer Russland und China niemand verpflichtet fühlen wollte. Kam dem US-Präsidenten diese russische Initiative nur zupass, weil innerhalb der amerikanischen Gesellschaft wenig Neigung zu einem erneuten Waffengang besteht und er folglich keinesfalls gewiss sein konnte, die eingeforderte Zustimmung im Kongress zu erhalten? Oder ist nun damit zu rechnen, dass die Forderung der Opposition nach dem Sturz von Assad als Voraussetzung jeglicher Verhandlungen seitens der Obama-Administration keine Unterstützung mehr findet? Warum dann aber just zu dem Zeitpunkt, da es mit Russland eine Verständigung über das weitere Vorgehen geben soll, von US-Seiten die Bekanntgabe, leichte Waffen und Munition an die syrischen Aufständischen zu liefern? Als Aufforderung zur Beendigung des Blutvergießens ist dies wohl kaum zu interpretieren.

Eine Chance, gemeinsam mit Russland einen politischen Lösungsprozess in Gang zusetzen, wird es zweifellos nur dann geben, wenn die von außen militärisch beförderte Regime-Change-Forderung fallen gelassen wird und es keine weiteren Militärschlagsdrohungen gibt. Eine solche Position trifft auch auf die Unterstützung Chinas. Erklärtermaßen wird es für Russland und China keinen neuen „Fall Libyen“ geben. Der russische Präsident wirft den USA militärischen Interventionismus vor und kritisiert deren Anmaßung, sich über andere Völker und Staaten zu erheben mit der Begründung, außergewöhnlich zu sein. Wie Russland vorbehaltlos schon den Annan-Plan unterstützt hat, so bekräftigt es sein Festhalten am „Genfer Kommuniqué“ und wirbt auf dessen Grundlage für die Einberufung von Genf II. Jener Konferenz, auf die sich Lawrow und Kerry zwar schon im Mai diesen Jahres verständigt hatten, die bislang aber ausgeblieben ist. Natürlich steht für Russland eine Menge auf dem Spiel. Könnte sich doch erweisen, dass die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung immer konkretere Züge annimmt, und die USA ihren unipolaren Machtanspruch gar nicht mehr durchzusetzen in der Lage sind, sondern sich mit anderen weltpolitischen Akteuren auf Augenhöhe zu begegnen haben. Nicht zufällig sucht Russland gerade im Zusammenhang mit dem Chemiewaffeneinsatz den Schulterchluss mit Iran, einem aus leidvoller eigener Erfahrung entschiedenen Gegner derartiger Waffen. Mit der Kontrolle über die syrischen Chemiewaffen werde nach Aussagen des iranischen Außenministers Hossein Amir Abdollahian in ein neues politisches Format der Regelung der Syrien-Frage eingetreten. Sein Land werde alle Bemühungen unterstützen, die in Richtung einer politischen Lösung gehen.

Unterdessen treten die Unterstützer der militanten Opposition – Saudi-Arabien, Qatar, Türkei – als Befürworter eines Militärschlages in Erscheinung und setzen auch weiterhin alles daran, das Assad-Regime militärisch zu Fall zu bringen. Der Golfkooperationsrat richtete auf seiner jüngsten Sitzung in Jeddah den dringenden Appell an die USA, endlich in Syrien zu intervenieren – bezeichnenderweise unter dem Vorsitz des bahrainischen Außenministers, dessen Regierung die Widerstandsbewegung im eigenen Land gewaltsam niederkartätscht hat.

Wie diese Staaten, zeigt sich auch die militante Opposition äußerst enttäuscht von der Entscheidung Obamas, sich auf die russische Initiative einzulassen. Sie halten bislang unbeirrt an ihrem Ziel fest, den Krieg bis zum Sturz von Assad zu führen. Deren Strategen hatten bereits weitreichende Planspiele angestellt, wie sie den Militärschlag der USA zu einem Wendepunkt im Krieg zu ihren Gunsten nutzen würden. Bis dahin, basierend auf dem eigens dazu erarbeiteten „Damaskus Plan“, im Falle des plötzlichen Sturzes von Assad die Kommandohöhen in der Hauptstadt zu besetzen. Argumentiert wird, hier sei die Al-Nusra-Front ohnehin schwach; die hatte ihrerseits die Ankündigung des Militärschlages durch Obama schon einmal zum Anlass genommen, Kampftruppen im aramäisch-christlichen Dorf Maaloula mit dem Ruf aufmarschieren zu lassen, entweder Konversion zum Islam oder Tod! Damit hatte sie einen Vorgeschmack dafür geliefert, was sich unter Umständen künftig in Syrien vollziehen könnte.

Nur wenn gleichzeitig mit dem, was auf diplomatischer Ebene zwischen Russland und USA ausgehandelt wird, ein sofortiger Waffenstillstand durchzusetzen ist, der schon für die Chemiewaffenfrage unabdingbar sein wird, keinerlei Waffenlieferungen mehr nach Syrien erfolgen und strikt auf der politischen Ebene nach

Lösungswegen gesucht wird, unter Einbeziehung aller am Konflikt im Innern wie außen beteiligten Seiten, kann sich wirklich ernsthafte Hoffnung breit machen. Und selbst dann wird noch ein mühevoller Weg zu gehen sein, ehe sich die Wunden dieses Krieges und Stellvertreter-Krieges in Syrien langsam zu schließen vermögen.

15. September 2013

Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin, ist Mitglied des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Siftung.